

Parlamentssitzung 23. Juni 2014

Traktandum 14

1407 Interpellation (Iris Widmer, Grüne) "Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen"

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

Vorstosstext

Die Schweiz ist gegenwärtig daran, ein düsteres Kapitel ihrer Sozialgeschichte aufzuarbeiten. Es geht um das Schicksal von Kindern und Jugendlichen, die vor 1981 von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen (FSZM) oder Fremdplatzierungen betroffen waren. Zu den Betroffenen zählen etwa Verdingkinder, Heimkinder, administrativ Versorgte (Personen, die im Rahmen administrativer Massnahmen in geschlossene Anstalten, zum Teil sogar in Strafanstalten eingewiesen worden sind), Personen, deren Reproduktionsrechte verletzt worden sind (unter Zwang oder ohne Zustimmung erfolgte Abtreibungen, Sterilisierungen, Kastrationen), Zwangsadoptierte, Fahrende, etc.

Bereits im September 2010 hat die damalige Vorsteherin des EJPD, BR Eveline Widmer-Schlumpf, an einem Gedenk Anlass in Hindelbank im Namen des Bundes bei den administrativ Versorgten um Entschuldigung gebeten. Im April 2013 hat in Bern ein Gedenk Anlass für sämtliche Betroffene von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen stattgefunden, an dem sich BR Simonetta Sommaruga im Namen des Bundesrates bei den Betroffenen für das geschehene Unrecht entschuldigt hat. Daneben haben auch Vertreter der Städte, Gemeinden, Kantone, Landeskirchen, Heime und des Bauernverbandes um Entschuldigung gebeten.

Ein von BR Sommaruga im vergangenen Jahr eingesetzter Runder Tisch wird bis im Sommer Massnahmenvorschläge für eine umfassende, alle Kategorien von Betroffenen einschliessende Aufarbeitung der früheren FSZM und Fremdplatzierungen vorlegen. Dazu gehört u.a. die Schaffung eines Soforthilfefonds der Glückskette, der Opfern von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen unbürokratisch Hilfe leisten soll. Dieser Fonds wird mit freiwilligen Beträgen der Kantone sowie von privaten Unternehmen und Institutionen gespeist. Einzelheiten finden sich unter www.fszm.ch.

Daraus ergeben sich folgende Fragen an die Gemeinde:

1. Wie viele Menschen waren bis 1981 in der Gemeinde Köniz von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und anderen Fremdplatzierungen betroffen?
2. Was tut die Gemeinde, um dieses düstere Kapitel schweizerischer Sozialgeschichte aufzuarbeiten?
3. Was gedenkt die Gemeinde zu tun, um das begangene Unrecht anzuerkennen?
4. Ist die Gemeinde bereit, einen substantiellen Beitrag an den Soforthilfefonds zu leisten?

Eingereicht

24. März 2014

Unterschieden von 17 Parlamentsmitgliedern

Iris Widmer, Elena Ackermann, Annemarie Berlinger-Staub, Christian Roth, Jan Re-mund, Mathias Rickli, Christoph Salzmann, Ruedi Lüthi, Bruno Schmucki, Stephie Staub-Muheim, Vanda Descombes, Martin Graber, Casimir von Arx, Hansueli Pestalozzi, Heidi Eberhard, Barbara Thür, Markus Willi

Antwort des Gemeinderates

Wie viele Menschen waren bis 1981 in der Gemeinde Köniz von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und anderen Fremdplatzierungen betroffen?

Die Direktionen legen im Verwaltungsbericht der Gemeinde Köniz über ihre Tätigkeiten jährlich Rechenschaft ab. Diese Berichte enthalten zwar quantitative Angaben, da die Prinzipien der Berichterstattung jedoch unterschiedlich waren, können keine verlässlichen Aussagen oder Schätzungen gemacht werden, wie viele Menschen aufgrund von Beschlüssen durch die Behörden der Gemeinde Köniz von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen oder anderen Fremdplatzierungen bis 1981 betroffen waren.

Was tut die Gemeinde, um dieses düstere Kapitel schweizerischer Sozialgeschichte aufzuarbeiten?

In der schweizerischen Geschichtsschreibung war bis vor wenigen Jahren dieses düstere Kapitel kein Thema. So auch nicht in der Gemeinde Köniz. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass die Aufarbeitung dieses Bereiches der Schweizer Geschichte im öffentlichen Interesse liegt, damit die Bewältigung des vergangenen Unrechts und Leidens sowohl auf gesellschaftlicher wie auch auf individueller Ebene ermöglicht werden kann. Der Gemeinderat ist weiter der Auffassung, dass die Aufarbeitung auf gesellschaftlicher Ebene, indem vorhandene Akten gesichtet, systematisch erfasst, bewertet, ausgewertet und gewürdigt werden, nicht zu den Aufgaben der Gemeinde gehört. Auf individueller Ebene sind sich der Gemeinderat wie auch die zuständigen Verwaltungsstellen der grossen Verantwortung gegenüber den betroffenen Personen sehr wohl bewusst.

Akten sind nicht bloss Papiere, sondern auch Leben. Zumindest für Leute, die behördlich in Heimen, Gefängnissen oder Pflegefamilien platziert oder gar zwangssterilisiert wurden. Erst durch diese Akten können sie sich vor Augen führen, was ihnen angetan wurde. Mit der Reorganisation des Vormundchaftswesens, aufgrund der Einführung des Kindes- und Erwachsenenschutzgesetzes per Januar 2013, wurde in Köniz die Zuständigkeit für die Erteilung der Akteneinsicht in altrechtliche Dossiers gemäss Artikel 80 KESG der Abteilung Soziales zugeteilt. Insofern ist auf individueller Ebene sichergestellt, dass Betroffene ihre Akten gemäss den gesetzlichen Bestimmungen einsehen und somit diesen Teil ihres Schicksals aufarbeiten können. Die Akteneinsicht leistet sowohl auf individueller wie auch auf gesellschaftlicher Ebene einen Beitrag, damit Einblick ins Denken der damaligen Behörden gegeben wird. Insofern ist der Gemeinderat bereit, bei Projekten von Dritten für die Aufarbeitung der Geschichte auf gesellschaftlicher Ebene gute Bedingungen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben zu schaffen und den Zugang zu den Akten zu gewährleisten, damit diese Aufarbeitung möglich wird.

Was gedenkt die Gemeinde zu tun, um das begangene Unrecht anzuerkennen?

Der Gemeinderat geht davon aus, dass die Praxis fürsorgerischer Zwangsmassnahmen in der Gemeinde Köniz nicht wesentlich von derjenigen abgewichen ist, die in dieser Angelegenheit schweizweit bisher erforscht wurde. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass eine pauschale Anerkennung eines mit grosser Wahrscheinlichkeit begangenen Unrechts ohne konkrete Ergebnisse durch entsprechende Untersuchungen den einzelnen Schicksalen nicht gerecht werden kann. Vielmehr soll die Anerkennung durch das korrekte Vorgehen der Behörden bei individuellen Akteneinsichtsgesuchen wie auch durch die Bereitschaft, die Türen der Archive der Ge-

meinde Köniz zu öffnen, für Forschungszwecke in dieser Angelegenheit im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten erreicht werden. Eine moralische Anerkennung ist auch auf finanzieller Ebene mit einem substantiellen Beitrag an den Soforthilfefonds möglich.

Ist die Gemeinde bereit, einen substantiellen Beitrag an den Soforthilfefonds zu leisten?

Die Kantone sollen mit Lotteriegeldern in der Höhe von 5 Millionen Franken zur Einrichtung des Soforthilfefonds für Betroffene früherer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen oder Fremdplatzierungen beitragen. Dies empfehlen die Präsidenten der zuständigen Direktorenkonferenzen SODK und FDKL in einem Schreiben an die Kantonsregierungen. Dieser Fonds wird von der Glückskette verwaltet werden. Dieser Fonds soll nach der Schaffung der erforderlichen gesetzlichen Grundlagen durch einen Härtefall- oder Solidaritätsfonds abgelöst werden.

In einem den Kantonsregierungen zugestellten Schreiben empfiehlt die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) in Absprache mit dem Präsidenten der Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotteriegesetz (FDKL), den vorgesehenen Soforthilfefonds mit 5 Millionen Franken zu unterstützen. Die beiden Konferenzen regen an, Mittel aus den kantonalen Lotteriefonds einzusetzen. Sie schlagen zudem - anteilmässig zur Bevölkerungszahl - einen Verteilschlüssel für die kantonalen Beiträge vor. Der Soforthilfefonds soll auch mit Beiträgen anderer Institutionen und Organisationen sowie mit Spenden Privater gespiesen werden und insgesamt über 7 bis 8 Millionen Franken verfügen. Würde jeder Kanton aus dem Lotteriefonds pro Einwohner einen Franken bezahlen, wäre die gewünschte Summe bereits einbezahlt – auch ohne einen freiwilligen Beitrag der Gemeinde Köniz.

Wie oben dargelegt geht der Gemeinderat von Köniz davon aus, dass die Praxis der Behörden von Köniz in der Verordnung fürsorgerischer Zwangsmassnahmen vergleichbar ist mit anderen Behörden, deren Praxis bereits geschichtlich teilweise aufbereitet und erforscht wurde. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen die in einer Notlage stehen, rasch und unbürokratisch finanzielle Hilfestellungen erhalten sollen. Mit Mitteln des Fonds sollen Personen unterstützt werden, die zwischen 1942 und 1981 Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen wurden, und sich nun in einer Notlage befinden. Der Gemeinderat kann nicht ausschliessen, dass in diesem Zeitraum auch durch die Vormundschaftsbehörde der Gemeinde Köniz Menschen Unrecht getan wurde und wird einen Beitrag an den Soforthilfefonds sprechen.

Köniz, 21. Mai 2014

Der Gemeinderat

Beilagen

–